

WOLFGANG MERKEL

Die populistische Revolte¹

Fünf Wegmarken sollen die kognitive Landschaft meiner Argumentation leiten:

- Gibt es in den Gesellschaften der etablierten Demokratien eine neue Konfliktlinie, die man unter den philosophischen Begriffen des Kosmopolitismus und Kommunitarismus fassen kann?
- Wer sind die Kosmopoliten und Kommunitaristen und was haben sie mit dem Rechtspopulismus und der politischen Kultur zu tun?
- Ist der Rechtspopulismus eine Krankheit der Demokratie oder ein Therapeutikum für die demokratische Repräsentation?
- Haben Kosmopoliten das bessere Demokratiekonzept?
- Was tun?

Gibt es eine neue Konfliktlinie in unseren Demokratien?

Die Globalisierung hat die Welt verändert. Sie hat die wirtschaftlichen, kommunikativen, kulturellen und politischen Beziehungen der Staaten zueinander in einer bisher unbekannten Weise verdichtet. Gleichzeitig hat sie das Innere der Gesellschaften durchgeschüttelt: ihre Strukturen, Institutionen, Organisationen, Verfahren, Verteilungsrelationen, Klassen, Schichten, Lebensweisen, Diskurse, Kulturen und Rechtsnormen. Die Treiber waren technologische Innovationen, wirtschaftliches Gewinnstreben, aber immer wieder auch politische Entscheidungen beginnend mit Thatchers und Reagans neoliberaler »Revolution« am Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, dann mit der konsentierten Verbriefung der Globalisierung im Washington Consensus von 1990. Die kaum bezweifelte Folge war die Wiederkehr verschärfter sozioökonomischer Ungleichheit innerhalb der OECD-Staaten.

¹ Grundlage dieses Beitrages ist der am 15. Juni 2017 auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress »Welt. Kultur. Politik. Kulturpolitik und Globalisierung« gehaltene Vortrag im Panel 2 »Lob der Grenzen – Kritik der Grenzen«.

Ich will mich auf die *politischen Herausforderungen* der Globalisierung konzentrieren und deren Komplexität auf eine einzige normative Frage reduzieren: Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden? Die Öffnung und Schließung der Grenzen verstehe ich hier in einem ausgreifenden Sinne. Es geht um die Öffnung von Grenzen für Güter, Kapital und Dienstleistungen ebenso wie um die Fragen von Migration, der Universalität der Menschenrechte, der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung, des Klimawandels oder der Verlagerung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte auf supranationale Organisationen und Regime.

Sollen also die nationalen Volkswirtschaften ihre Grenzen möglichst öffnen für Güter, Dienstleistungen und Kapital oder sich protektionistisch am Modell der Nationalökonomie orientieren? Sollen Menschenrechte eher national geschützt oder entsprechend ihres universalistischen Anspruchs auch global durchgesetzt werden? Gilt es, die nationalstaatlichen Grenzen gegenüber Schutzsuchenden und Migranten offen zu halten oder zu schließen? Ist der Klimawandel auch vom Wirtschaften der Menschen provoziert und soll von ihren Verursachern global bekämpft werden? Und *last but not least*: Soll der Nationalstaat Souveränitätsrechte auf supranationale Instanzen und Regime übertragen oder nicht?

Die Pole, die jede der fünf Politik-Achsen begrenzen, können als *kosmopolitisch* oder *kommunitaristisch* beschrieben werden. Je zahlreicher Individuen, Gruppen, Schichten oder Organisationen einer Gesellschaft den unterschiedlichen Polen zuneigen, umso stärker ist die Konfliktlinie zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus dort ausgeprägt.

Was sind Kosmopoliten, was Kommunitaristen?

Drei Prinzipien kennzeichnen den Kern des Kosmopolitismus: Individualismus, Universalismus und Offenheit. Kosmopoliten priorisieren individuelle Rechte, offene Grenzen, liberale Zuwanderung, erleichterte Einbürgerung, kulturellen Pluralismus sowie eine globale Verantwortung für universell gültige Menschenrechte und den Umweltschutz. Kosmopoliten betonen die Chancen der Globalisierung, Kommunitaristen die Gefahren. Letztere präferieren überschaubare Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen; befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung; optieren für kulturelle Identität und betonen den Wert des sozialen Zusammenhalts. Dieser, so das kommunitaristische Credo, sei leichter in kleinen abgrenzbaren Gemeinschaften herzustellen als in unbegrenzten soziopolitischen Räumen. Die positiv-solidarische Variante des Kommunitarismus wäre etwa das sozialdemokratische »Folkhemmet« (Volksheim) Schwedens Mitte des 20. Jahrhunderts, für die negativ-chauvinistische Form steht der gegenwärtig grassierende Rechtspopulismus.

Kosmopolitische Einstellungen sind vor allem in den Ober- und gebildeten Mittelschichten zu finden. Viele von ihnen sind Globalisierungsgewinner. Sie verfügen über das entsprechende Humankapital, um mit kulturellen Unterschie-

den und wirtschaftlichen Mobilitätsansprüchen umgehen zu können. Der Soziologe Greg Calhoun nennt sie die *frequent flyers* unserer Gesellschaften. Die untere Hälfte der Gesellschaft hingegen ist weniger mobil und kritischer gegenüber offenen Grenzen, Zuwanderung, Mobilitätszumutung, Multikulturalismus und Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und in den weniger qualifizierten Segmenten des Arbeitsmarkts. Sie sind die Verlierer der Globalisierung. Und es ist keine riskante Spekulation, dass gerade sie die Hauptlasten offener Grenzen im Wohnquartier, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, den Schulen sowie im Alltags- und Berufsleben zu tragen haben. Insofern sind die Schließungswünsche dieser Schichten zwar kulturell möglicherweise obskur, aber auch ökonomisch rational.

In den Parteiensystemen manifestieren sich die kosmopolitischen und kommunitaristischen Positionen unterschiedlich. In Deutschland vertreten die *Grünen* am stärksten kosmopolitische und die *AFD* am deutlichsten kommunitaristisch-chauvinistische Positionen. Generell nehmen auf der nach wie vor relevanten Links-Rechts-Achse die kosmopolitischen Positionen von links nach rechts ab. Aber der kosmopolitisch-kommunitaristische Konflikt restrukturiert nicht nur die Parteiensysteme, er trifft auch einzelne Parteien.

In Westeuropa geraten besonders die Volksparteien unter Druck. Die kosmopolitisch-kommunitaristische Konfliktlinie geht mitten durch ihre Programme, ihre Politik, ihre Mitglieder- und Wählerschaft. Der Konflikt droht den schon länger anhaltenden Niedergang dieses Parteytyps weiter zu beschleunigen. Profitieren werden davon vor allem die rechtspopulistischen, aber auch die kosmopolitisch-postmaterialistischen Parteien, die sich auf Kosten der traditionellen Mitte-Links-Parteien schon länger etabliert haben. In Osteuropa, vornehmlich in Ungarn und Polen, aber auch in der Schweiz (*Schweizer Volkspartei, SVP*) stiegen sie selbst zu neuen Volksparteien auf.

Seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat ein Kulturwandel die westlichen Gesellschaften verändert. Neue Lebensformen, gleichgeschlechtliche Ehen, Chancengerechtigkeit der Geschlechter und Multikulturalismus dominieren die Diskurse. Die Verteilungsfrage wurde an den Rand gedrängt. Progressivität wird zunehmend kulturell buchstabiert. Kosmopolitische Eliten besetzen die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Staat, Parteien und Medien. Der kosmopolitische Diskurs der Herrschenden wurde zum herrschenden Diskurs. Kritik an ihm wurde in der öffentlichen Sphäre häufig moralisch delegitimiert. Diese Diskursverweigerung hat den Rechtspopulisten fahrlässig den Kampfbegriff der ›politischen Korrektheit‹ geliefert. Die nostalgische Schließung gegenüber der kulturellen Modernisierung war dann die fast folgerichtige – und hilflose – Reaktion einer weniger gebildeten, vor allem männlichen Unter- und (unteren) Mittelschicht. Diese sieht sich als Verlierer der kulturellen Moderne. Die populistische Revolte kann aus dieser Perspektive vor allem als eine Reaktion auf den überschießenden Kosmopolitismus und Moralismus des *Mainstreams* und der Bessergestellten gedeutet werden.

Die Folgen für die Demokratie: Repolitisierung und Polarisierung

Konflikte sind nicht neu für die Demokratie. Im Gegenteil: Einer der großen Vorzüge der Demokratie gegenüber anderen politischen Regimeformen besteht darin, dass sie Konflikte friedlich nach vorher kodifizierten und legitimierten Verfahren zu lösen vermag. Worin könnte dann die besondere Herausforderung für unsere Demokratien liegen, wenn sich die neue Konfliktlinie etabliert?

Die Positionen von Kosmopoliten und chauvinistischen Kommunitaristen besetzen normativ entgegengesetzte Pole. In der Parteienlandschaft findet diese Polarisierung ihre konfrontative Form in der Gegenüberstellung der etablierten Parteien des demokratischen Verfassungsbogens und den rechtspopulistischen Parias in der Grauzone von Demokratie und Autoritarismus. Der demokratische *Mainstream* von Habermas bis Lijphart, von der Deliberation bis zur Konkordanz, von CDU bis SPD findet eine Polarisierung in der Demokratie nicht wünschenswert. Die Vernunft, der Ausgleich, die macht- und interessensentlastete Deliberation oder zumindest die pluralistische Aushandlung eines Interessenausgleichs gelten als Essenz einer klugen postideologischen Politik des 21. Jahrhunderts. Die Erfolge dieser Politik sind nicht zu vernachlässigen, die Schattenseiten sind jedoch unübersehbar: Der Reichtum der Reichen wurde größer, die Armut der Armen verhärtete sich, konservative und reaktionäre Traditionalisten wurden mit moralischen Argumenten aus dem offiziellen Diskurs ausgegrenzt. Sie und die unteren Schichten konnten zunehmend der ökonomischen Rationalität und kosmopolitischen Vernunft wenig abgewinnen. Lange reagierten sie mit dem resignierten Rückzug aus der politischen Teilhabe.

Diesen Sachverhalt greifen Postmarxisten und Links-Schmittianer wie Chantal Mouffe und Ernesto Laclau auf, indem sie das Hohelied auf eine polarisierte Auseinandersetzung in einer Gesellschaft singen, die von antagonistischen (Klassen-)Gegensätzen geprägt ist. Polarisierung, so ihr ernst zu nehmendes Argument, führe zu einer ehrlicheren politischen Auseinandersetzung. Sie fördere zudem die politische Partizipation und bringe Teile der ausgegrenzten, weniger privilegierten und weniger gebildeten Schichten zurück in die politische Debatte. Polarisierung wird als Therapeutikum gegen die Politikverdrossenheit gepriesen. Allerdings legt Chantal Mouffe im Unterschied zu Carl Schmitt darauf wert, dass die antagonistische gesellschaftliche Spannung, nicht im Schema des Freund-Feind-Modus ausgetragen, sondern in einen »agonistischen« Konflikt transformiert wird, indem die Opponenten zwar die Konfrontation suchen, dem Gegner aber nicht die gesellschaftliche oder politische Existenzberechtigung absprechen. Denn, so das radikal-pluralistische Argument, ohne Konflikte erstarrt die Demokratie, wird unkreativ und verkümmert.

Allerdings vollzieht sich gegenwärtig die Polarisierung weniger in der ökonomischen als in der kulturell-identitären Sphäre. Nicht die kommunitaristische Einhegung der Märkte steht oben auf der populistischen Agenda, sondern der Kampf gegen das Fremde oder gar die Fremden. Das pluralistisch-legitime Anliegen, nicht

vom kosmopolitischen Diskurs ausgegrenzt zu sein, droht an den rechten Rändern mit undemokratischen Inhalten ausgetragen zu werden. Rechtspopulistische Inhalte sind keineswegs per se undemokratisch. Sie werden es aber, wenn entlang rassischer, ethnischer, religiöser oder geschlechtlicher Unterschiede die beiden grundlegenden demokratischen Prinzipien der freien Gleichheit und gleichen Freiheit eingeschränkt werden.

Schwächt der Rechtspopulismus die Demokratie?

Nein, würden nicht nur Links-Schmittianer behaupten. Die politische Beteiligung nimmt zu, und den unteren wie entfremdeten Schichten wird wieder eine politische Stimme verliehen. Nein, müssten auch pluralistische Theoretiker der demokratischen Repräsentation antworten. Die Institutionen und Verfahren der rechtsstaatlichen Demokratie können nämlich einmal mehr ihre Adaptionsfähigkeit zeigen. Es liegt nun an den etablierten Parteien, die von den Populisten eroberten politischen Räume im pluralistischen Wettbewerb mit guten Argumenten und einer sensibel-responsiven und verantwortungsvollen Politik zurückzuerobern. Dies ist das Spiel der liberalen Demokratie, die den Pluralismus ernst nimmt und nicht in einer paradoxen Intervention mit undemokratischen Verboten oder moralischen Ausgrenzungen die Demokratie zu retten versucht.

Kosmopoliten sollten nicht mit der kognitiven und moralischen Arroganz der Bessergebildeten kommunitaristische Positionen, selbst wenn sie einen nationalistischen Subtext aufweisen, als moralisch unzulässig aus dem öffentlichen Diskurs ausgrenzen. Dies provoziert eher, was es verhindern will, nämlich jene anwachsenden Teile der Bevölkerung, die nach Repräsentation suchen, den Rechtspopulisten in die Arme zu treiben.

Haben Kosmopoliten das bessere Demokratiekonzept?

Kosmopoliten reklamieren nicht zu Unrecht eine moralische Überlegenheit ihrer Werte in Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen. Haben sie aber auch das bessere Demokratiekonzept? Daran ist zu zweifeln. Kosmopoliten optieren, wenn sie nicht realitätsentückt für eine demokratische Weltregierung plus Weltzivilgesellschaft votieren, für eine bereitwillige Abgabe nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an internationale Organisationen und supranationale Regime. Dies gilt von der UN bis zur EU, von Freihandelsabkommen bis zum IWF, von Weltklimakonferenzen bis zu den fiskalpolitischen Direktiven gegenüber den Hochschuldnerländern in der Eurozone. Das Primärargument ist meist funktionalistisch: Die Welt sei mittlerweile so stark vernetzt, dass transnationale Probleme zunehmen und nur wirkungsvoll nationalstaatsübergreifend bekämpft werden könnten. Der Nationalstaat müsse sich damit abfinden, in ein Mehrebenensystem effizienten Regierens eingebunden zu werden.

Dies hat allerdings erhebliche Kosten. Je größer und komplexer politische Räume sind, umso weniger lassen sie sich demokratisch regieren. Zentrale normative Güter der Demokratie wie die gleichberechtigte Partizipation der Entscheidungsbetroffenen, die Transparenz und Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen, der Parlamentsvorbehalt oder die vertikale und horizontale Herrschaftskontrolle lassen sich weit weniger überzeugend jenseits des Nationalstaats als in seinen Grenzen realisieren. Auch Kosmopoliten würden dies wohl nicht abstreiten. Der funktionalistische Trumpf der Unausweichlichkeit von Mehrebenenentscheidungen sticht aber meist die Bedenken des Demokratieverlusts.

Was tun?

Öffentliche Diskurse, wollen sie demokratisch sein, dürfen nicht aus-, sondern müssen einschließen. Tun sie das nicht, sind sie elitär, exklusiv und formen eine kulturelle Hegemonie, die, wie Antonio Gramsci gezeigt hat, die Gedanken der Herrschenden zu den herrschenden Gedanken macht. Der pluralistische Wettstreit, von dem noch jede gute Demokratie lebt, wird zensiert, wenn die Kritik erst das Purgatorium jener Begriffs- und Ideenwächter passieren muss, die ihr Wächteramt nicht selten mit der moralischen Überlegenheit ihrer Werte legitimieren. Die Kosmopoliten – und da meine ich selbstkritisch uns und die Privilegierten unserer Gesellschaften – sind selbstgefällig, behäbig und taub gegen die »da unten« geworden. Wir sind die Hüter des Status quo geworden, während die Arbeiterschaft und die unteren Schichten, für die eine gerechtigkeitsorientierte Politik eigentlich eintreten müsste, in Heerscharen zu den Rechtspopulisten überlaufen. Wir verteidigen das Bestehende, während die populistische Rechte unsere einstigen Schlachtrufe des Bruchs, des Wandels, der Kritik der Herrschenden und ihrer Zustände zu usurpieren droht.

Erst aus dieser Auseinandersetzung, erst aus einem solchen Streit entstehen Aufklärung, Überzeugung, Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen, Inklusion und demokratische Mündigkeit. Dies spricht nicht gegen unser kämpferisches Eintreten für Gleichheit, Freiheit, Minderheitenrechte, Toleranz und den Respekt vor dem Anderen. Ganz im Gegenteil. Nicht unsere moralischen Werte und kulturellen Errungenschaften der Moderne dürfen wir aufgeben, wohl aber die kosmopolitische Hybris der »frequent flyers«, die bestimmte kommunitaristische Positionen wie die Solidarität kohäsiver Gesellschaften, den demokratischen Wert des Nationalstaats, die Tradition oder die Angst vor Verlust einer vertrauten heimatlichen Lebenswelt als parochial, anachronistisch und moralisch insuffizient aus unseren Debatten ausgrenzt.